

## Zur Zukunft der EU-Verfassung:

Die Europäische Verfassung ist durch die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden und die darauf folgende, bis heute anhaltende Ideenlosigkeit des Europäischen Rats in weite Ferne gerückt. Aus dem als „Denkpause“ kaschierten Stillstand droht ein schleichender, unausgesprochener Abschied von der Europäischen Verfassung zu werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher einen neuen Impuls für den europäischen Verfassungsprozess. Dieser Impuls muss auf die Schwächen der Verfassung und die Gründe für ihre Ablehnung reagieren. Unsere Position zum Verfassungsprozess berücksichtigt, dass sich die Rolle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verändert hat: von der Regierungspartei zur Oppositionspartei, die sich auf markante, strategische Positionen konzentrieren muss.

### Warum haben Frankreich und die Niederlande die Verfassung abgelehnt?

Die politische Elite in Europa macht es sich zu einfach, die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ausschließlich mit innenpolitischen Konstellationen zu begründen. Gerade die Franzosen haben sehr bewusst und in einem genuin politischen Akt über die EU abgestimmt. Wer diesen Umstand dauerhaft ignoriert, der hat keine Chance, eine für Frankreich und die Niederlande zustimmungsfähige Lösung zu finden. Die Vorstellung, den gleichen Entwurf in beiden Ländern unverändert noch einmal zur Abstimmung zu stellen, ist unrealistisch; er würde das demokratische Selbstbewusstsein der französischen und niederländischen Wählerinnen und Wähler ignorieren und wäre zum Scheitern verurteilt. Im Übrigen käme darin auch eine Arroganz gegenüber einem Verfahren der direkten Demokratie zum Ausdruck, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht tolerieren können.

Aus bündnisgrüner Sicht ist die Verfassung aus politischen Gründen abgelehnt worden. Gerade das französische „Non“ muss auch als Protest dagegen verstanden werden, über die zentralen politischen Fragen innerhalb der EU nicht mitentscheiden zu dürfen. Zur Erinnerung: zum Zeitpunkt der Ablehnung haben zwei zentrale und für die europäischen Bürgerinnen und Bürger auch emotional bedeutsame Themen die europapolitische Debatte bestimmt: der Beitritt der Türkei zur EU und der Umgang der EU mit der Globalisierung, symbolisiert durch den bürgerInnen- und verbraucherInnenfeindlichen Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Beide Fragen hätten einer breiten politischen Debatte bedurft. Die Ablehnung der Verfassung muss

daher auch als Forderung nach mehr Demokratie in Europa verstanden werden – ein Anliegen, das unbündnisgrünen Positionen entspricht.

Eine besondere Tragik besteht darin, dass die Verfassung dieses Demokratiedefizit, das wir schon lange beklagen, zumindest verringert hätte. Wir sind fest davon überzeugt, dass die institutionellen Bestimmungen und die Grundrechte-Charta von einer klaren Mehrheit auch der Niederländerinnen und Niederländer sowie Französinen und Franzosen begrüßt werden.

### **Bündnisgrüne Fragen, bündnisgrüne Antworten - Konsequenzen für die aktuelle Situation**

Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Kompromiss des Konvents unterstützt und die Politik der rot-grünen Bundesregierung mitgetragen, solange die Hoffnung bestand, dass der Entwurf in allen Mitgliedstaaten der Union angenommen werden könnte.

Es hat gegenwärtig keinen Sinn, einen neuen Konvent mit dem gleichen Auftrag einzuberufen, denn es besteht kaum Hoffnung, dass dieser zu einem wesentlich anderen und vor allem besseren Ergebnis kommt. Weitere Jahre würden vergehen, und das anschließende Geschacher der zur Zeit 25 Regierungen würde auch ein neuer Konventsentwurf nicht unbeschadet überstehen.

Der Ausweg aus der Verfassungskrise muss aus bündnisgrüner Sicht mit einer Selbstbeschränkung beginnen: Ein künftiger Verfassungsvertrag sollte sich auf diejenigen Bestimmungen konzentrieren, die für eine Verfassung unabdingbar sind: Grundrechte und das Zusammenspiel der Europäischen Institutionen. Außerdem müssen die Kompetenzen der Europäischen Union gegenüber ihren Mitgliedstaaten so umschrieben werden, dass für jede Bürgerin und jeden Bürger erkennbar ist, wofür die Gemeinschaft zuständig ist und wofür nicht. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung für jede echte demokratische Mitbestimmung der Unionsbürgerinnen und -bürger.

Ein europaweiter Konsens über das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell besteht nicht. Daher muss es gelingen, den Verfassungsvertrag von einseitigen politischen Zielvorstellungen frei zu halten. Eine Annahme der Verfassung würde dadurch nicht mehr ein implizites Ja zu den aktuellen politischen Richtungsentscheidungen bedeuten.

Statt einer Vielzahl von unterschiedlichen, einander teilweise widersprechenden Zielvorstellungen muss ein künftiger Verfassungsvertrag klare und verständliche Regeln für eine demokratische Politikgestaltung enthalten.

Wir Bündnisgrüne sehen in einer Demokratisierung der EU die Gelegenheit, die zentralen politischen Fragestellungen der Europäischen Politik einer demokratischen Debatte und Entscheidung zu zuführen. Wir sind überzeugt, dass dies der beste Weg zu einem sozialen und ökologischen Europa ist.

Auf den Punkt gebracht:

1. Die Referenden über die Europäischen Verfassung sind daran gescheitert, dass nicht nur über die demokratischen Verbesserungen und die Menschenrechte abgestimmt wurde, sondern auch über konkrete und in Europa kontroverse Projekte.
2. Die Zustimmung vieler Mitgliedstaaten, auch Deutschlands, ändert nichts daran, dass der Verfassungsvertrag jedenfalls in der heute vorliegenden Form nicht in Kraft treten wird. Es ist daher an der Zeit, den Stillstand zu überwinden und einen neuen Anlauf zu unternehmen.
3. Die künftige Europäische Verfassung muss sich darauf beschränken, die Grundrechte der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, das demokratische Zusammenspiel der Institutionen und die Kompetenzen der Europäischen Union zu regeln.
4. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union darf nicht Gegenstand einer neuen Verfassung werden.
5. Vielmehr muss die Verfassung dafür sorgen, dass über die Politik der Europäischen Union in der demokratischen Auseinandersetzung der politischen Kräfte entschieden werden kann.
6. Die Zeit ist reif für einen nächsten Schritt Richtung europäischer Demokratisierung. Über die europäische Politik muss in einer europäischen Demokratie entschieden werden. Die neue Europäische Verfassung sollte mit dem ersten europaweiten Referendum durch die Bürgerinnen und Bürger in Kraft gesetzt werden.